

Stellungnahme von ARD-aktuell zu der E-Mail der Herren F. Klinkhammer und V. Bräutigam vom 27.10.2016 zu einen Bericht auf tagesschau.de vom 26.10.2016 über den Rückzug Gambias vom Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag.

In einer Programmbeschwerde vom 27.10.2016 kritisieren die Herren Klinkhammer und Bräutigam einen Bericht auf tagesschau.de vom 26.10.2016 über den Rückzug Gambias vom Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag. Darin wurde Gambias Informationsminister Bojang zitiert, der beklagte, dass das Gericht Kriegsverbrechen westlicher Politiker ignoriere. Die Beschwerdeführer sind der Ansicht, dass ARD-aktuell unterstelle, dass Bojang die Unwahrheit sage, da das Wort Kriegsverbrechen in Anführungszeichen stand. Damit verstoße die Redaktion gegen das Gebot objektiver Berichterstattung, betreibe „versteckt westliche Propaganda“ und wolle „die eigene schändliche Kriegspraxis“ beschönigen.

Die Redaktion nimmt dazu wie folgt Stellung:

In der Meldung hieß es wörtlich:

Das westafrikanische Land Gambia hat seinen Rückzug vom Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag erklärt. Das Gericht sei faktisch ein internationales Gericht der Weißen zur Verfolgung farbiger Menschen, besonders von Afrikanern, begründete Informationsminister Sheriff Bojang die Entscheidung im staatlichen Fernsehen. Die "Kriegsverbrechen" westlicher Politiker ignoriere das Gericht hingegen völlig, beklagte der Minister.

Bojang wurde also in der indirekten Rede zitiert. Wir räumen ein, dass die Anführungszeichen an dieser Stelle nicht nötig gewesen wären. Man kann den Begriff aber auch als Teil eines Zitates betrachten. Jedenfalls können wir den Herren Klinkhammer und Bräutigam versichern, dass damit keinesfalls Kriegsverbrechen westlicher Politiker verharmlost oder Gambia der Lüge bezichtigt werden sollte. Diese Interpretation ist nach unserer Auffassung weit hergeholt und wirkt sehr bemüht. Auch uns ist bekannt, dass die USA den IStGH ablehnen. Sie haben das Statut des Gerichtshofes ebenso nicht ratifiziert wie zum Beispiel China, Russland oder Syrien und verhindern somit, dass US-Staatsangehörige nach Den Haag überstellt werden können. Ziel der EU und anderer Unterzeichnerstaaten ist es dagegen, dass Kriegsverbrechen und Völkermord von einer unabhängigen Stelle auf internationaler Ebene verfolgt werden können.

Den Vorwurf „versteckter westlicher Propaganda“ mittels eines Satzzeichens weisen wir als unberechtigt zurück.

Dr. Kai Gniffke
09.11.2016